



HESSISCHER LANDTAG

HHA

Änderungsantrag

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **34 zusätzliche Stellen für Justizvollzugsbeamte**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten
Buchungskreis: 2450

Leistungsplan:

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten		+1.001,9	1.001,9
Produktabgeltung		+1.001,9	1.001,9

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

An den Justizvollzugsanstalten herrscht ebenfalls eine große Arbeitsbelastung, vor allem bei speziellen Einsätzen, wenn nicht alles „nach Plan“ läuft, fühlen sich die Beamten häufig unterbesetzt und überlastet. Für Notfälle und besondere Einsätze steht nicht genügend Unterstützung bereit. Die Sicherheit der Bediensteten ist dadurch häufig nicht ausreichend gegeben, sie können ihre Arbeit nicht vollkommen nach Vorschrift und schon gar nicht nach ihren eigenen Ansprüchen verrichten. Viele verlassen den Vollzugsdienst und wechseln zu anderen Arbeitgebern außerhalb des Staatsdienstes. Eine zusätzliche Belastung ist, dass heute viele der Insassen in den Justizvollzugsanstalten psychisch auffällig oder krank sind. Das erschwert den Umgang mit den Gefangenen für die Vollzugsbeamten deutlich. Deshalb fordern wir einen zusätzlichen Bereitschaftsdienst an allen hessischen Justizvollzugsanstalten, der mit mindestens 2 Personen vor Ort eingesetzt werden soll und für besondere Lagen stets abrufbar ist.

Wiesbaden, 15.01.2020

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:

Nancy Faeser